

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuß**

45. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. Januar 1999, 14:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 136 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Günter Fleskes (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

in Vertretung von Abg. Jürgen Weber

Jost de Jager (CDU)

Ursula Röper (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

**Fehlende Abgeordnete**

Kläre Vorreiter (CDU)

**Weitere Anwesende**

siehe Anlage

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite:</b>
<b>1. Übertragung von Tätigkeiten an Lehrkräfte bei anstehender Frühpensionierung</b>	<b>4</b>
Umdrucke 14/1715, 14/2428, 14/2494, 14/2504, 14/2525, 14/2547, 14/2574, 14/2595, 14/2596, 14/2618, 14/2641, 14/2663, 14/2714, 14/2739	
<b>2. Berichterstattung über Unterrichtsfehl und Unterrichtsausfall an schleswig-holsteinischen Schulen</b>	<b>6</b>
Antrag der Fraktion der CDU Umdruck 14/ 2889	
<b>3. Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1539	
<b>4. Verschiedenes</b>	<b>9</b>

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Übertragung von Tätigkeiten an Lehrkräfte bei anstehender Frühpensionierung**

Umdrucke 14/1715, 14/2428, 14/2494, 14/2504, 14/2525, 14/2547, 14/2574, 14/2595, 14/2596, 14/2618, 14/2641, 14/2663, 14/2714, 14/2739

St Dr. Stegner problematisiert die Frage der finanziellen Beteiligung des jeweiligen Verbandes an den Kosten der in Frage kommenden frühpensionierten Lehrkräfte und betont, oberste Priorität hätten die Unterrichtsversorgung - in diesem Zusammenhang sei die Frage von Abordnungen äußerst kritisch zu bewerten - und die Bemühungen zur Vermeidung von Frühpensionierungen. Es gebe Überlegungen der Landesregierung, die Dienstunfähigkeitsuntersuchung nicht mehr bei den örtlichen Amtsärzten anzusiedeln.

Abg. Schwarz wirbt dafür, teildienstfähigen Lehrkräften für eine Weiterbeschäftigung außerhalb des Landesdienstes einen gewissen Zuschlag zu gewähren. Im übrigen bittet sie das Ministerium, dem von der Landesverkehrswacht angesprochenen Fall eines Disziplinarverfahrens im Schulamt Plön nachzugehen.

Abg. Fröhlich erhofft sich in Sachen Frühpensionierung Verbesserungen durch eine praxisnähere Lehrerausbildung und die Verstärkung der Schulautonomie.

Nach den Worten von Abg. Benker muß allgemein zwischen den Ursachen der Frühpensionierung und insbesondere zwischen Erwerbsunfähigkeit und Berufsunfähigkeit differenziert werden. Nur berufsunfähige Lehrkräfte könnten anderswo eingesetzt werden, aber - ohne Beeinträchtigung der Unterrichtsversorgung - nur auf zusätzlichen Stellen, die offenbar niemand finanzieren könne.

Abg. Dr. Klug greift ein Anliegen der Lehrerverbände auf, die Kultusminister der Länder mögen die tatsächlichen Belastungen des Lehrerberufs einmal durch entsprechende arbeitsmedizinische Untersuchungen überprüfen und geeignete Maßnahmen ergreifen.

St Dr. Stegner teilt mit, bei 24.000 Lehrkräften im Lande habe es 1998 200 Fälle von Frühpensionierung gegeben; nur 10 % davon seien Gegenstand von Überlegungen über einen anderweitigen Einsatz gewesen.

Einstimmig nimmt der Ausschuß folgenden Antrag von Abg. Sabine Schröder an:

„Der Bildungsausschuß nimmt die Stellungnahmen über Tätigkeitsmöglichkeiten von Lehrkräften bei anstehender Frühpensionierung zur Kenntnis. Der Einsatz bei außerschulischen Einrichtungen für Lehrerinnen und Lehrer, die gegenwärtig nicht im Unterricht eingesetzt werden können, soll überprüft und je nach Einzelfall schnell und flexibel ermöglicht werden.“

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Berichterstattung über Unterrichtsfehl und Unterrichtsausfall an schleswig-holsteinischen Schulen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Umdruck 14/2889

Abg. Röper bringt den Antrag der CDU, Umdruck 14/2889, ein.

Die Abgeordneten Sabine Schröder und Fröhlich lehnen den CDU-Antrag mit der Begründung ab, statt den Verwaltungsaufwand durch zusätzliche Statistiken zu erhöhen, wolle man den Schulen bei der Bewältigung des Unterrichtsausfalls durch konkrete Maßnahmen helfen, so durch „Geld statt Stellen“.

Abg. Dr. Klug hingegen hält es aus Gründen der Transparenz für erforderlich, Unterrichtsausfall und Unterrichtsfehl - wie von der CDU beantragt - zu erheben.

St Dr. Stegner macht noch einmal deutlich, Priorität der Schulpolitik habe die Unterrichtsversorgung und die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls. Zu diesem Zweck seien die Stundengebühren erhöht worden. Die Frage der Dokumentationspflichten, insbesondere der Erlaß zur Verwendung nichterteilten Unterrichts, werde kritisch überprüft werden. Der Staatssekretär kündigt weiter an, dem Landtag den Bericht zum Unterrichtsausfall, dessen Umfang sich nach wie vor durchschnittlich zwischen 3 und 5 % bewege, zur März-Tagung zuzuleiten.

Abg. de Jager wendet ein, daß die Verabschiedung des CDU-Antrages de facto nicht zu administrativem Mehraufwand führe, weil die einzelnen Schulen die für ihre Planungen notwendigen Daten ohnehin erheben. Es gehe darum, in Sachen Unterrichtsversorgung Transparenz für Schüler und Eltern zu schaffen.

Auch Abg. Röper hält es für notwendig, konkrete Daten zu Unterrichtsfehl und Unterrichtsausfall vorliegen zu haben. Exemplarisch beklagt die Abgeordnete zum wiederholten Male die Unterrichtssituation an den schleswig-holsteinischen Hauptschulen. Sie möchte wissen, wann, in welcher Form und mit welchen Zahlen die Studentafel geöffnet worden sei (aufgeschlüsselt nach Schularten).

Abg. Sabine Schröder hält es angesichts der veränderten Schulwirklichkeit für wesentlich, wieviel Unterricht beim einzelnen Kind ankomme, und macht darauf aufmerksam, daß das Unterrichtsfehl selbst in CDU-regierten Bundesländern nicht mehr erhoben werde. Allerdings mahnt auch sie eine Verbesserung der Unterrichtssituation im Grund-, Haupt- und Lernbehindertenbereich sowie bei den Vollzeitberufsschulen und eine Annäherung an den Bundesdurchschnitt an.

St Dr. Stegner erinnert daran, daß sich Schleswig-Holstein von den anderen Bundesländern dadurch abhebe, daß jede frei werdende Lehrerstelle wiederbesetzt werde.

MR Seidel wiederholt seine in der 34. Bildungsausschußsitzung am 25. Juni 1998 gemachte Äußerung, daß sich die im Bericht zur Unterrichtssituation enthaltenen Zahlen von den der KMK gemeldeten Daten für die öffentlichen Schulen nicht unterscheiden.

Die Nummern 1 bis 3 des CDU-Antrages werden mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, Nummer 4 wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1539

(überwiesen am 2. Juli 1998 an den **Wirtschaftsausschuß** und alle übrigen Ausschüsse)

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. wird der CDU-Antrag ohne weitere Aussprache abgelehnt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

a) Eine Frage von Abg. de Jager zum **Aktenvorlagebegehren** in Sachen Berufungsverfahren für eine C 3-Professur am IZRG, Umdruck 14/2852, beantwortet St Dr. Stegner dahin, er gehe davon aus, daß die in Rede stehenden Akten noch in diesem Monat vom Verwaltungsgericht Schleswig ans Ministerium zurückgegeben würden. Sodann könnten dem Ausschuß die Original-Akten unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen vollständig zur Einsicht vorgelegt werden, inklusive des Gutachtens von Prof. Karpen.

b) Abg. Schwarz möchte wissen, ob aus dem Haushaltsrest 1998 bei den Mitteln für die Arbeit des **Landeselternbeirates der Grund-, Haupt- und Sonderschulen** bisher privat getragene Kosten in Höhe von 2.000 DM gezahlt werden könnten.

c) Abg. Dr. Klug bittet um Zuleitung des Anhörrentwurfs zur **Grundschulordnung**.

d) Abg. Dr. Klug erkundigt sich, wann das novellierte **Schulgesetz** in gedruckter Fassung für die Betroffenen und die Öffentlichkeit vorliege.

e) Abg. Dr. Klug bittet die Landesregierung um Stellungnahme zum Thema **Altersteilzeit für Lehrkräfte**.

f) Abg. Dr. Klug mahnt die Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege zum Sanierungsbedarf **Schloß Glücksburg** an.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 15:35 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer